

Heiner Busch

Drogenunternehmer, politische Herrschaft und »Drogenkrieg«. Das Beispiel Kolumbien

Zusammenfassung: Nach der Ermordung des liberalen kolumbianischen Präsidentschaftskandidaten Luis Carlos Galán am 18. August 1989, vermutlich durch Killer des sog. Medellín-Kartells, haben führende Köpfe des kolumbianischen Drogenhandels seltene Berühmtheit erlangt. Tagtäglich waren Nachrichten aus dem sonst vergessenen Land zu vernehmen, allesamt über »Drogenbarone« und »Drogenkrieg«. Das Thema Drogenhandel und organisierte Kriminalität, das auch in der BRD Hochkonjunktur hat, ist mit Mythen übersät, die eine Law-and-Order-Politik legitimieren. Sachgerechte Analysen gibt es selten und die vorliegenden werden kaum zur Kenntnis genommen. Im folgenden soll daher erstens versucht werden, die Produktion und Vermarktung kolumbianischen Kokains zu skizzieren; zum zweiten wird die Bedeutung des Drogenhandels in der kolumbianischen Gesellschaft und Politik, insbesondere die Verstrickung der Drogenunternehmer in den schmutzigen Krieg gegen die Volksbewegung untersucht; an dritter Stelle werde ich die US-amerikanischen und die europäischen Konzepte der Drogenbekämpfung und deren Erfolglosigkeit analysieren.

1. Kolumbien - eine Drogenökonomie?

Im Unterschied zu Untersuchungen über legale Märkte sind alle Versuche, den Umfang der Produktion illegaler Produkte, deren Preise, die Gewinne auf den einzelnen Stufen des Produktions- und Vermarktungsprozesses und ihre Verteilung unter den Teilnehmern des Marktes zu bestimmen, notwendigerweise Schätzungen. Bei einem solchen Bestimmungsversuch spielen mehrere Faktoren eine entscheidende Rolle:

- die Unsicherheit von Daten, die häufig aus quasi-geheimdienstlichen Quellen, insbesondere der US-Drogenpolizei DEA, stammen;
- die Variation von Preisen: während auf legalen Märkten sich aufgrund der offenen Konkurrenz die Anbieterpreise relativ schnell einander anpassen können, sind die Teilnehmer eines illegalen Marktes zu größerer Geheimhaltung genötigt. Preisvergleiche sind nur in geringem Umfang möglich. Die Preise schwanken daher regional sehr stark, und konkurrenzbedingte Anpassungen setzen sich langsamer durch;
- das Interesse der Autoren: je nachdem ob der betreffende Autor die Gefahr des Drogenhandels minimisieren oder dramatisieren will, fallen die Angaben niedri-

ger oder höher aus. Das US State Department schätzte noch Anfang 1990 die Anbaufläche für Koka in Bolivien auf 51.000 ha, wenige Monate später schien dem Drogenzaren Bennett eine Ziffer von 100.000 ha wahrscheinlicher. Der »Drogenkrieg« hatte an Schärfe zugenommen.

Trotz aller Unsicherheit lassen sich dennoch einige Aussagen treffen, die die Bedeutung des Drogenexports für die südamerikanischen Länder insgesamt und für Kolumbien insbesondere einzuschätzen erlauben.

Vom Marihuana zum Kokain

Der Aufstieg Kolumbiens als Exportland für illegale Drogen begann in den 70er Jahren und ist im wesentlichen ein Ergebnis der Drogenbekämpfungsstrategie der USA. Der von US-Präsident Nixon 1970 ausgerufene erste große »Drogenkrieg« richtete sich - was Lateinamerika betrifft - vor allem gegen den Anbau von Marihuana in Mexiko und auf Jamaica. Während die Produktion in diesen Ländern niederging, erkannten kolumbianische Schmuggler die Gunst der Stunde. Die *Sierra Nevada de Santa Marta*, ein Gebirge, das sich direkt an die kolumbianische Karibikküste anschließt, wurde zum Zentrum des Marihuana-Anbaus. Die geographischen Bedingungen waren gut, da sich der Transport in die USA von der an der Grenze zu Venezuela gelegenen Halbinsel Guajira relativ einfach bewerkstelligen ließ. Innerhalb kürzester Zeit wurde Kolumbien zum ersten Lieferanten für Gras in die USA. Der Boom dauerte allerdings nur einige Jahre: In der ersten Hälfte des letzten Jahrzehnts sank die Produktion. Gründe dafür waren:

- der gewandelte Geschmack der US-Konsumenten, die statt dem »Santa-Marta-Golden« mehr und mehr die sinsemilla-Variante bevorzugten,
- die auch aus diesem Grunde ansteigende Produktion von Marihuana in den USA selbst, wo das Gras in sieben Staaten legal angebaut werden kann,
- die auf Druck der US-Regierung seit 1979 betriebene Vernichtung von Anbauflächen in der Sierra Nevada, u.a. durch die Besprühung mit Herbiziden, wovon das mittlerweile benutzte Glykosphat nur das harmloseste ist.

Inzwischen sind die USA selbst das wichtigste Produktionsland für Marihuana. Innerhalb Kolumbiens hat sich die Produktion von der Sierra Nevada in die südwestliche Provinz Cauca verlagert und wird nunmehr von dort über die Pazifikküste in die USA exportiert. Trotz der Erholung des Marihuana-Geschäfts ab 1986 ist sein Anteil an der Drogenproduktion des Landes nie mehr so groß geworden wie Ende der 70er/ Anfang der 80er Jahre. Der Marihuana-Export war allerdings nur der Einstieg in den Drogenhandel. Ab ungefähr 1978 beginnt der Aufstieg der Kokain-Wirtschaft in Kolumbien.

Stufen des Produktions- und Vermarktungsprozesses für Kokain

Im Unterschied zur Marihuana wird der pflanzliche Rohstoff des Kokains nur zu einem geringen Teil in Kolumbien selbst angebaut. Nach wie vor sind die wichtigsten Anbauländer des Koka-Strauches Bolivien und Peru. In den bolivianischen Provinzen *Yungas* und *Chapare* werden zwischen 40 und 45 % der Weltkokaernte eingefahren, im peruanischen *Huallaga*-Tal ca. 50 %. Nur 5-10% werden in Kolumbiens südlichen Kolonisationsregionen im Amazonasgebiet - Caquetá, Guaviare, Vaupés, Putumayo - produziert. Die kolumbianische Anbaufläche ist in den 80er Jahren zwar erheblich gewachsen (von 5000 ha 1986 auf 25.000 im Jahre 1988, Gómez 1990, S. 9). Der alkalische Gehalt der kolumbianischen Koka ist allerdings geringer und ihr Harzgehalt höher. Dementsprechend variiert auch der Ertrag. Laut Nadelmann (1990, S. 32) geht die DEA in ihren Schätzungen davon aus, daß 1 ha Anbaufläche in Kolumbien ca. 0,8 Tonnen, in Bolivien 1,4 Tonnen und in Peru eine Tonne Kokablätter jährlich erbringt. Aus diesem Grunde blieben die Versuche kolumbianischer Drogenunternehmer, die Einfuhren aus Bolivien und Peru durch heimische Produktion zu ersetzen und damit auch den Zugriff auf den Anbauprozess zu erhalten, begrenzt.¹

Die zweite Stufe im Herstellungsprozess ist die Umwandlung von Koka-Blättern in Kokapaste, ein Prozess der in der Regel am Ort des Anbaus selbst durchgeführt wird. Unter Zusatz von Kerosin und Kalk wird Kokapaste gewonnen.² Nur ein geringer Teil der in Bolivien und Peru hergestellten Paste wird im jeweiligen Land zu Kokain weiterverarbeitet. Der größte Teil wird zumeist in kleinen Flugzeugen nach Kolumbien transportiert.

Aus ca. 2,5 kg Paste werden in den »Labors«, besser wohl als Kokainküchen zu bezeichnen, unter Zusatz von Äther, Aceton und anderen Chemikalien ca. 1,16 kg Kokainbase und bei weiterer Raffinierung 1 kg Kokainhydrochlorid von etwa 90%iger Reinheit hergestellt. Die Chemikalien kommen vor allem aus den USA und der BRD. Zum Teil werden sie über Venezuela eingeschmuggelt oder abgezweigt aus den Mengen, die für die legale Produktion z.B. von Farben in Kolumbien gekauft wurden.

Das reine Kokain wird zum größten Teil in die USA transportiert, aber mehr und mehr auch nach Westeuropa. Der Transport in die Konsumländer geschieht zu einem geringen Teil über Kuriere, die die Ware im Gepäck oder aber im bzw. am Körper mit sich führen. Der Transport über Kuriere erfolgt in der Regel da, wo sich noch kein großer Markt etabliert hat. Im Körper kann allenfalls 1 kg - verpackt in Präservativen - transportiert werden. In dem Maße, wo im Konsum-

-
- 1 Schätzungen von Crawley 1990, ein ha Anbaufläche erbrächte zwischen 1,2 und 2,2 Tonnen Kokablätter scheinen mir erheblich überhöht. An den Durchschnittswert, den er seiner Rechnung zugrundelegt (1,7 t), reicht in den Schätzungen der DEA nicht einmal die bolivianische Koka heran.
 - 2 Auch hier gehen die Schätzungen auseinander. Für die Herstellung von einem kg Paste sind nach Crawley (S.11) 100 kg Blätter, laut BKA (zit. n. Hess 1988, S. 478) zwischen 80 und 200 kg und laut Nadelmann durchschnittlich 180 kg vonnöten.

land größere Mengen abgesetzt werden können, verläuft der Schmuggel, oft als legale Ware deklariert, in Schiffen oder Flugzeugen. Die Mengen liegen dann oft im Bereich von einer Tonne.

Im Konsumland wird das Kokain wiederum auf mehreren Stufen des Groß- und Zwischenhandels gedealt und erreicht den Konsumenten nurmehr in einer Reinheit von durchschnittlich 30 %.

Wertschöpfung und Preisentwicklung

Auf der Basis von US-Großhandelspreisen aus dem Jahre 1985 erstellte Nadelmann (1990, S. 44) eine Rechnung, die wir in Tabelle 1 wiedergeben. Grundlage dieser Rechnung sind die Mengen, die notwendig sind zur Produktion von 1 kg reinem Kokain (Zeile 3). Zeile 4 zeigt an, in welcher Weise die Preise derselben Einheit sich im Laufe des Produktions- und Vermarktungsprozesses steigern, Zeile 5 zeigt die Wertschöpfung für diese Einheit auf jeder Stufe des Prozesses. Schon an diesen beiden Zahlenreihen wird absehbar, daß die Bauern nur einen minimalen Gewinn an der erwirtschafteten Gesamtsumme erhalten, daß aber die Gewinne auf den marktnahen Stufen am höchsten sind. Dies wird um so deutlicher, wenn man sich vor Augen hält, daß die Zahl der Marktteilnehmer im rechten Bereich der Tabelle geringer, die Konzentration hier also am höchsten ist.

Das Panorama muß ergänzt werden durch eine weitere Zahl: den Preis für dieselbe Einheit, gestreckt und aufgeteilt für den Einzelhandel. Dasselbe kg Kokain vollzieht dann einen Preissprung um das 10fache und kostete die Konsumenten 1985 US\$ 300.000.

Gewinne der kolumbianischen Drogenunternehmer

Die Schätzungen, welcher Teil des auf diesen Stufen produzierten Werts von den kolumbianischen Drogenunternehmern angeeignet wird, gehen erheblich auseinander. Sie hängen zu einem großen Teil davon ab, wieviele Stufen dieses Marktes von ihnen beherrscht werden. Wir haben bereits oben angemerkt, daß die Versuche, auch den Kokaanbau vertikal zu integrieren, beschränkt blieben. Die ungefähr 10% des Anbaus, die in Kolumbien stattfinden, sind darüber hinaus keinesfalls gänzlich in der Hand der Drogenunternehmer.

Auch was deren Durchdringung des US-Marktes anbelangt, gehen die Angaben auseinander. Kalmanovitz (1990, S.19) geht von einer Beherrschung von 65% des US-Großhandels aus. Andere Autoren schließen große Teile des Einzelhandels in den USA mit ein. Für Europa kann davon ausgegangen werden, daß nur der Importpreis bei den kolumbianischen Unternehmern zu Buche schlägt. In dem Maße, wie der Markt sich vergrößert hat, wurden Südamerikaner, die auf eigene Faust kleine Mengen importierten, vom Markt verdrängt. Der europäische Markt wird wesentlich beherrscht durch Gruppen aus den jeweiligen Konsumländern. Selbst da, wo südamerikanische Gruppen aktiv sind, dürfte kaum

Tabelle 1

Gesamtmenge Kokaprodukte	100.000 t Kokablätter	667 t Kokapaste	600 t Kokapaste	200 t Base/Kokain	150 t Kokain	65 t Kokain
Gesamtzahl der Marktteilnehmer	222.000 Bauern	74.000 Raffinierer	7.400 Transporteure	1.333 Raffinierer	300 Exporteure	650 Importeure
Kokaeinheit	450 kg	3 kg	3 kg	1 kg	1 kg	1 kg
Kg-Preis des Produkts in US \$	4	800	1.400	6.000	9.000	30.000
Preis der Koka- einheit in US \$	1.800	2.400	4.200	6.000	9.000	30.000
Zahl verkaufter Einheiten	1	3	27	150	500	100
Gesamteinkünfte pro Marktteilnehmer	1.800	7.200	113.000	900.000	4.500.000	3.000.000
Wertschöpfung pro Marktteilnehmer in Tsd. US \$	1,8	1,8	48,6	270	1.500	2.100
Gesamteinkünfte aller Marktteiln. in Mill. US \$	400	533	840	1.200	1350	2.000
Wertschöpfung aller Marktteiln. in Mill. US \$	400	133	360	360	150	1.370

Quelle: Nadelmann 1990, S. 44 (Die Kokaeinheit bezieht sich auf die Menge, die jeweils notwendig ist für die Produktion von 1 kg Kokain)

davon ausgegangen werden, daß es sich um direkte Residenturen der »Kartelle« handelt (Lewis 1989).

Gegen eine monopolistische Struktur des Kokainmarktes spricht auch die Tatsache, daß die Großhandelspreise in den USA ganz erheblich nachgelassen haben. Konnten nach Gómez noch 1982 auf der Höhe des Kokainbooms in den USA 52.000 US\$/kg erzielt werden, so stürzte der Preis im folgenden Jahr auf nur mehr US\$ 27.000. Nach einer kurzen Erholung im Jahre 1985 (US\$ 30.000) sank der Preis weiter und liegt seit 1987 bei etwa 15.000 US\$. Kalmanovitz (1990) gibt zwar durchweg höhere Preise an, deren Entwicklung aber die gleiche ist (vgl. Tab.2). Bei den beiden bekanntesten und größten Gruppen der Drogenhändler Kolumbiens - dem »Medellín-Kartell« und dem »Cali-Kartell« - kann deshalb im eigentlichen Wortsinne nicht von »Kartellen« geredet werden. »Die Gruppen waren nicht in der Lage, das Angebot effektiv zu kontrollieren oder Preise auf einem aufgeblähten Niveau zu halten« (Bagley 1988, S. 77).

Auf den europäischen Märkten, denen nach dem Preisverfall in den USA und

den vermehrten polizeilichen und militärischen Anstrengungen zur Beschlagnahme die besondere Aufmerksamkeit der Drogenunternehmer galt, können erheblich höhere Preise erzielt werden. Das BKA schätzte 1986 Importpreise auf 120.000 bis 250.000 DM (Hess, 1989, S. 478). Auch hier sind die Preise am fallen. Für 1988 werden bereits nur noch durchschnittlich 100.000 DM angesetzt (BKA 1989, S.231).

Tabelle 2

Jahr	exportierte Menge in Tonnen		US-Großhandelspreise in Tsd. US \$		Gewinn in Mill. US \$	
	Minimum	Maximum	Minimum	Maximum	Minimum	Maximum
1981	50	70	52	60	2.029	3.360
1982	90	30	52	60	3.670	4.320
1983	99	100	27	50	2.069	4.000
1984	74	100	26	45	1.310	4.320
1985	61	130	30	40	1.390	4.160
1986	84	160	22	30	1.340	5.840
1987	91	230	15	25	805	5.200
1988	75	270	15	18	645	4.912

Die erste Spalte enthält jeweils die Schätzungen von Gómez, die zweite von Kalmanovitz (Kalmanovitz geht für 1987 von 30 t. und für 1988 von 40 t für den europäischen Markt aus)
Quelle: Gómez 1990 und Kalmanovitz 1990

Tabelle 2 zeigt die Ergebnisse zweier kolumbianischer Autoren, die jeweils als Minimum bzw. Maximum sowohl der exportierten Menge als auch der Preise und Gewinne angesehen werden können. Entsprechend der Unterschiede in den Berechnungen gehen die beiden Autoren von einem unterschiedlichen Anteil des Drogengeschäfts - sowohl mit Kokain als auch mit Marihuana - am Bruttoinlandsprodukt aus. Während Gómez mit einem durchschnittlichen Anteil von 3-3,5% rechnet, setzt Kalmanovitz zwischen 6 und 8% an. Ähnliche Proportionen vermuten dieselben Autoren jeweils für den Anteil an der Arbeitstatistik. Im Unterschied zu Bolivien und Peru, wo es sich dabei vor allem um Bauern und Pastenmacher handelt, die regelmäßig in diesem Wirtschaftszweig tätig sind, sind die regelmäßigen Beschäftigungen in der Kokainbranche Kolumbiens erheblich geringer. Fraglich ist auch, inwieweit die sekundären Arbeiten - Anstellungen als Wächter und dergleichen in den Villen und Landsitzen der Drogenunternehmer - hier eingerechnet sind und werden dürfen (Camacho 1989, S. 201 f.).

Rückfluß der Narcodollars

Von entscheidender Bedeutung für die Frage, ob Kolumbiens Wirtschaft eine Drogenökonomie darstellt, ist aber nicht nur der Gewinn, der aus dem Drogenhandel stammt, sondern die Frage, wieviel von diesem Gewinn nach Kolumbien zurückfließt. Alle Autoren sind sich dabei einig, daß der Rückstrom an Narco-

dollars nach Kolumbien der geringere Teil des Gewinns ist. Der Löwenanteil des Gewinns bleibt als Wertpapier- und Immobilienanlagen außerhalb - in den USA selbst aber auch in den internationalen Finanzparadiesen von Panamá bis zu den Bahamas.

Auch hinsichtlich der Dimensionen des Rückflusses sind die Schätzungen von Kalmanovitz (1990, S. 22) mit 1,5 Mrd US\$ als das Maximum anzusehen. Lee (1990, S.24) geht von einer Summe von 0,5-1 Mrd US\$ aus. Selbst wenn man Kalmanovitz folgt, reichen die Rückflüsse aus dem Drogenexport Kolumbiens nicht an die Einkünfte aus dem wichtigsten Exportprodukt des Landes, Kaffee, heran. Die trotz der geringeren Anteile am Drogengeschäft viel höhere Bedeutung der Narcodollars in Bolivien und Peru erklärt sich vor allem aus dem Niedergang der legalen Produktion und Exporte (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3

	Peru	Bolivien	Kolumbien
Rückfluß von Kokaineinkünften in Mrd. US \$	0,75	0,50	1,0
Wert der legalen Exporte in Mrd. US \$	2,60 (1988)	0,53 (1988)	5,7 (1988)
Einkünfte aus dem wichtigsten Exportprodukt in Mrd. US \$	Kupfer 0,516 (1987)	Erdgas 0,345 (1986)	Kaffee 1,6 (1987)
Rückfluß aus dem Kokaingeschäft in Prozent der legalen Exporterlöse	29	fast 100	18

Quelle: Campodónico 1989, S. 234.

Narcodollars und neoliberale Wirtschaftspolitik

Auch wenn man davon ausgeht, daß der prozentuale Anteil des Drogengeschäfts an der Volkswirtschaft Kolumbiens vergleichsweise niedrig ist, so ist ihr Einfluß auf die Entwicklung des Landes in den letzten 15 Jahren keineswegs unbedeutend. Ihre besondere Wirkung konnten die Narcodollars allerdings erst durch die neoliberale Wirtschaftspolitik besonders der Regierungen López Michelsen (1974-78) und Turbay Ayala (1978-82) entfalten.

Die künstliche Überbewertung des Peso und die Schwemme schwarzer Dollars, deren Kurs bis 1982 zum Teil erheblich unter dem offiziellen Dollarkurs lag, stimulierte sowohl die legalen als auch die illegalen Importe. Die Narcodollars waren eine der wichtigsten Finanzierungsquellen des Schmuggels, der sich in den 70er Jahren über das traditionelle Maß hinaus ausbreitete. Die von der Re-

gierung geduldeten Märkte für Schmuggelwaren, die sog. *Sanandresitos* - benannt nach dem Freihafen auf der zu Kolumbien gehörenden Karibikinsel San Andres - wuchsen in allen größeren Städten und sorgten dafür, daß ausländische Produkte auch für den durchschnittlichen Konsumenten weitaus billiger zu haben waren als inländische. Es stiegen aber auch die legalen Importe, deren Unterfakturierung eine der wesentlichen Formen der Geldwäsche darstellen. »Die Attraktivität dieses Verfahrens besteht darin, daß der Importeur einen Teil der Rechnung in Schwarzmarkt-Dollars unter dem offiziellen Kurs zahlt und damit außerdem Steuern und Zölle spart« (Kalmanovitz 1990, S. 23).

Sekundiert wurde diese Entwicklung durch die Wirtschaftspolitik der kolumbianischen Regierungen ab 1974, die wesentlich Rezepten des IWF folgten. Bereits 1974 unterschrieb die Regierung López einen Kontrakt mit dem IWF, der auf eine nahezu vollständige Liberalisierung des Außenhandels hinauslief. Die durch den Drogenhandel (aber auch durch die Kaffeebonanza der 70er Jahre) ausgelöste Dollarschwemme versuchte sie u.a. durch die *ventanilla siniestra*, den »unheimlichen Schalter« der Staatsbank, Banco de la República, aufzufangen, an dem Devisenmengen in beliebiger Höhe in Pesos umgetauscht werden konnten. Gesenkt wurden auch die Zölle (für Konsumgüter von 85% im Jahre 1975 auf 35% 1980). Demgegenüber stiegen die Zinsen.

Das Ergebnis war eine massive Krise der kolumbianischen Industrie. Während der Import von Fertigprodukten von 1974 US\$ 1,4 Mrd. auf US\$ 4,8 Mrd. im Jahre 1982 stieg, verlor die kolumbianische Industrie 20% ihrer Binnenmarktanteile allein aufgrund der Konkurrenz legaler Importe. Hinzuzurechnen wären weiter die Verluste aufgrund des Schmuggels, die sich im selben Zeitraum auf ungefähr 1 Mrd. US\$ belaufen (vgl. Uprimny 1990, S. 23). Während die kolumbianische Fertigproduktindustrie von 1945 bis 1974 ein durchschnittliches Wachstum von 7,3% im Jahr aufwies, beginnt sich ihr Wachstum ab 1974 zu vermindern und dann ab 1980 ins negative umzuschlagen (-4,2% 1982). Statt einer wirklichen Modernisierung und Konsolidierung der Industrie mithilfe der einströmenden Devisen erfolgte eine Aufblähung der Finanzspekulation. Gegenüber einer 29%igen Steigerung des Bruttoinlandsprodukts wuchs der Finanzsektor von 1976 bis 1983 um ganze 51% (vgl. Uprimny 1990, S.123).

Die Regierung Betancur (1982-86) modifizierte die Vorgehensweise ihrer Vorgängerinnen. Importkontrollen wurden wieder eingeführt, die Zölle stiegen wieder, auch versuchte man, den Schmuggel einzuschränken. »In Sachen Wechselkurspolitik ist zwar eine starke Abwertung des Peso (d.h. des offiziellen Kurses) zu verzeichnen, auch wurden die Überweisungen ins Ausland stärker kontrolliert, die *ventanilla siniestra* funktionierte aber weiter und die Dollars aus dem Drogenhandel nährten weiterhin die Wirtschaft« (Campodónico 1989, S.248).

In den Jahren der allgemeinen Krise, in denen die Volkswirtschaften anderer lateinamerikanischer Länder dem völligen Zusammenbruch zustrebten, konnte die kolumbianische Wirtschaft mithilfe des schwarzen Dollarstroms ihre Liquidität aufrechterhalten und wurde vom IWF zum Musterbeispiel erklärt.

Investitionen der Drogendollars

Aber auch dort, wo die Investitionen der Drogenunternehmer besonders in den 80er Jahren nicht im Finanzbereich investiert wurden, hatten sie nicht gerade eine positive Folge. Sie verteilten sich zu 45 % auf ländliche und städtische Immobilien, auf die Viehzucht entfielen 20 %, den Handel 15 %, die Baubranche 10 % und schließlich auf Dienstleistungen und Tourismus 10 %.

Die wohl einschneidendsten Folgen hatten die Investitionen im Immobilienbereich. Die städtischen Grundstückspreise stiegen erheblich, da die Drogenunternehmer mit dem Ziel der Geldwäsche jeden Preis zu zahlen imstande waren. Der Bau von Luxuswohnungen und luxuriösen Kaufhäusern in den großen Städten nahm zu.

Die Käufe im ländlichen Bereich beliefen sich zwischen 1984 und 1988 auf 250.000 ha jährlich, insbesondere in den Regionen, in denen seit Jahren die Auseinandersetzungen um den Landbesitz scharfe Formen angenommen hatten, in denen es starke Bauernorganisationen und Landarbeitergewerkschaften gab und auch die Guerrilla präsent war. Am deutlichsten erkennbar ist dies im mittleren Bereich des Magdalena-Flusses (Magdalena Medio) und an der Karibikküste (Córdoba) aber auch in den südöstlichen an Venezuela grenzenden Ebenen (Llanos orientales). Sicherlich führten die Investitionen auf dem Lande auch zu einer teilweisen Modernisierung und Produktivitätssteigerung in der Viehzucht. Die erste und direkte Folge aber war eine massive Umverteilung. Das staatliche Landreforminstitut INCORA verteilte von 1964-1988 einschließlich 588.000 ha Land, in der Regel von geringerer Güte und in schlechteren Lagen an insgesamt 30.000 Bauernfamilien. Die Landkäufe, insbesondere aus dem Umkreis des sog. Medellín-Kartells, betrafen in nur vier Jahren nahezu das Doppelte.

2. Drogenhandel und Herrschaftssystem

Die politische Rolle der Drogenunternehmer ist nur dann verständlich, wenn man den Hintergrund des politischen Systems Kolumbiens vor Augen hat.

Die Frente Nacional und ihre Krise

Seit dem Ende der *Violencia*, dem Bürgerkrieg, den die beiden traditionellen Parteien der Oligarchie, die Liberalen und die Konservativen, zwischen 1948 und 1958 austragen ließen und bei dem mehr als 200.000 Menschen ihr Leben ließen, beruhte die politische Macht in Kolumbien auf einem Pakt, den die Führer der beiden streitenden Parteien 1957 unterzeichnet haben: der *Frente Nacional*. Die Frente Nacional beruhte nicht nur auf einem Übereinkommen der beiden Parteien, sich in die Macht zu teilen, den Inhaber des Präsidentensessels alle vier Jahre untereinander zu tauschen und auch alle weiteren politischen und administrativen Ämter paritätisch zu besetzen. Sie ist nicht denkbar ohne die zwei-

te Säule dieses Systems, das Militär, dessen Kraft auf dem seit der Violencia nahezu ununterbrochen geltenden Ausnahmezustand und politisch in der Teilhabe an der Regierung in Gestalt des Verteidigungsministers beruht, der fast durchgehend der rangälteste General war. Ökonomisch und sozial beruhte dieser Pakt auf der Unterstützung durch die Oligarchie aus Unternehmern und ländlichen Großgrundbesitzern, die mit ihren Interessen auch die beiden traditionellen Parteien dominierten.

Dieses System war von Grund auf antidemokratisch, beruhte es doch auf dem deutlichen Ausschluß der Mehrheit der Bevölkerung von der politischen Macht. Alle Ansätze der Veränderung blieben Ansätze und wurden durch schlichten Wahlbetrug wie 1970³ und Repression am Fortkommen gehindert. Vor dem Hintergrund der Tradition bewaffneten Widerstands in Kolumbien und dem Sieg der kubanischen Revolution war die Entstehung von Guerrillaorganisationen seit den 60er Jahren eine fast logische Konsequenz. Als subversiv verfolgte das Militär aber nicht nur die bewaffneten Organisationen, sondern alle, die ihnen zugeordnet wurden.

Der Sozialpakt der Frente Nacional blieb trotzdem bis weit in die 70er Jahre intakt und wurde selbst nach seinem formalen Auslaufen 1974 fortgesetzt. Die 70er Jahre lassen aber gleichzeitig eine fundamentale Krise dieses Systems heraufziehen: Die Bindung an die traditionellen Parteien, die lange Zeit zumindest für die Mittelschicht eine Integrationsfunktion hatten, ließ nach. Den Parteien fehlte mehr und mehr die Programmatik. Sie standen nur noch als Repräsentanten klientelistischer Interessen da. Die Beteiligung an den ohnehin reichlich sinnlosen Wahlen ging trotz Stimmenkauf massiv zurück. Vor allem in der zweiten Hälfte der 70er Jahre häuften sich die massiven Proteste, erkennbar u.a. an dem ersten landesweiten *paro cívico* 1977, einem Generalstreik unterstützt durch Blockaden und Demonstrationen, auf den die Regierung Turbay kurz nach Amtsantritt mit einer drastischen Erweiterung der Vollmachten für Militär und Polizei reagierte.⁴ Auch die ökonomischen Interessen, die diesen Pakt getragen haben, gerieten mit dem Aufstieg des spekulativen Kapitals und der Krise der Industrie, zum Teil ausgelöst durch die *bonanza marimbera*, den Marihuana-Boom, ins Wanken.

3 Die ANAPO unter General Rojas Pinilla, dem Militärdiktator, der von 1953-57 die Macht anfangs mit Zustimmung der beiden traditionellen Parteien usurpierte, war nach übereinstimmender Aussage aller ernstzunehmenden Quellen die Gewinnerin der Wahlen am 19. April 1970. Nach diesem 19. April benannte sich die in den 70er Jahren entstandene linksnationalistische Guerrilla M-19 (*movimiento del 19 de abril*).

4 Das Sicherheitsstatut von 1978 bildete die Grundlage für eine dramatische Ausweitung der Folterpraktiken und der Anwendung der Militärjustiz gegen Zivilisten, die der kolumbianischen Regierung erstmals größere internationale Proteste einhandelte. 1981 erschien zum ersten Mal ein ausführlicher Bericht von Amnesty International über dieses Land.

*Zwischen Integration und Konflikt:**das Verhältnis der traditionellen Eliten zur Drogenbourgeoisie*

Weder die ökonomische Entwicklung Kolumbiens noch seine politische Krise, die ihren Ausdruck in dem auch von internationalen Menschenrechtsorganisationen gezeißelten »Menschenrechtsnotstand« findet, können allein auf den Drogenhandel zurückgeführt werden, wie dies vor allem seit Beginn des »Drogenkriegs« 1989 in den vereinfachenden Interpretationen der westeuropäischen und nordamerikanischen Regierungen und Medien geschieht. Weder kann von einem ständigen Konflikt noch von einer durchgehenden Zusammenarbeit zwischen den Drogenunternehmern und den traditionellen politischen Kräften Kolumbiens und der sie tragenden Oligarchie die Rede sein. Von den 70er Jahren bis heute lassen sich vier Phasen dieses Verhältnisses unterscheiden (vgl. u.a. Gallón 1991, S.77 ff.):

(1) bis 1981/1982: Pragmatismus

Die 70er Jahre waren gekennzeichnet durch den wirtschaftlichen Aufstieg der Drogenunternehmer und die schrittweise Formierung jener sozialen Schicht, die häufig einfach als Mafia, genauer wohl als *clase emergente*, als aufsteigende Klasse, oder als *burguesía gangsteril*, als Gangsterbourgeoisie, bezeichnet wird. Während die Regierung u.a. durch die *ventanilla siniestra* versucht, die Gelder aus dem Drogenhandel aufzufangen, wird vor allem der wirtschaftliche Einfluß dieser neuen Klasse stärker. Ihr politischer Einfluß bleibt in den 70er Jahren nur ein vermittelter: Sie finanziert den Stimmenkauf durch die traditionellen Parteien, die dadurch noch weiter korrumpiert werden. Aber auch andere Teile der Gesellschaft und des Staates halten die Hand auf, selbst die Kirche ist sich dazu nicht zu schade.

Unter dem Druck der USA unterschreibt Kolumbien zwar 1979 einen Auslieferungsvertrag und erhält auch Polizei- und Militärhilfe durch den reichen Bruder aus dem Norden. Der Vertrag wird aber zunächst nicht in Kraft gesetzt.

Hat man bis zu diesem Zeitpunkt das Problem ausschließlich als eines der Justiz und Polizei betrachtet, so ist es im Wahlkampf 1982 eine Abspaltung der liberalen Partei, der *Nuevo Liberalismo* unter Luis Carlos Galán, der den traditionellen Parteien offen den Vorwurf macht, heiße Gelder zu akzeptieren.

(2) 1982-1984: Erste Verhandlungen und erste Konflikte

Die Wahlen 1982 sind aber auch deswegen von besonderer Bedeutung, weil sich in ihnen zum erstenmal die Drogenbourgeoisie selbst politisch zu Wort meldet. Pablo Escobar Gaviria, einer der führenden Personen des »Medellín-Kartells« zieht auf einer Liste der Liberalen Partei ins Parlament ein. Carlos Lehder Rivas gründet in Armenia nicht nur eine eigene Zeitung, sondern auch eine eigene politische Partei und versucht eine öffentliche Kampagne gegen den Auslieferungsvertrag einzuleiten.

Der neugewählte Präsident Belisario Betancur präsentiert sich als ein Präsident

des Dialogs. Noch 1982 wird eine Amnestie für Guerrilleros erlassen, es folgen Waffenstillstandsverhandlungen mit der Guerrilla, die teilweise zum Erfolg führen. Auch die Mafia scheint das allgemeine Ambiente der politischen Öffnung nutzen zu wollen. In Panamá kommt es 1984 erstmals zu geheimen Verhandlungen, an denen einerseits führende Vertreter beider »Kartelle« und andererseits der Generalstaatsanwalt Jimenez Gómez und der ehemalige Präsident López Michelsen teilnehmen. Diese Verhandlungen wurden vor allem deshalb berühmt, weil bei dieser Gelegenheit die Capos den Vorschlag unterbreiteten, die gesamte kolumbianische Auslandsschuld auf einen Schlag zu bezahlen.

Dieser Versuch, sich in die herrschende Klasse zu inkorporieren, findet ein jähes Ende durch die Ermordung des Justizministers Rodrigo Lara Bonilla nach der Aushebung eines der größten Kokainlabors (Tranquilandia) durch kolumbianische Polizei und Militärs und unter Beteiligung der DEA. Betancur setzt daraufhin einerseits den 1982 aufgehobenen Ausnahmezustand und andererseits per Ausnahmedekret den Auslieferungsvertrag in Kraft. Kurze Zeit später hebt der Oberste Gerichtshof den Vertrag wegen technischer Mängel des Dekrets wieder auf. (Über außenpolitische Fragen hat das Gericht keine Kompetenz, ansonsten hat es im Laufe von 30 Tagen jedes Ausnahmedekret auf seine Verfassungsmäßigkeit zu prüfen.) Der Ausnahmezustand blieb allerdings weiter in Kraft und bildete den Anfang vom Ende des Friedensprozesses mit der Guerrilla unter Betancur.

(3) 1984-89: Narco-Paramilitarismus

Die Ermordung Laras war der erste »Magnicidio«, der erste Mord der Mafia an einem hohen Vertreter des kolumbianischen Staates, wie es auch das erstmalig war, daß ein kolumbianischer Präsident den »Drogenkrieg« erklärte. In der Phase bis 1989 wiederholte sich dieser Prozeß mehrmals. Opfer von Anschlägen wurden jeweils solche Repräsentanten des Staates, die sich für eine stärkere Verfolgung der Drogenhändler und insbesondere für die Inkraftsetzung des Auslieferungsvertrags stark machten:

- der Nachfolger Laras im Amt des Justizministers, Enrique Parejo Gonzales, ebenfalls ein Vertreter des Nuevo Liberalismo, der 1986 nur knapp einem Anschlag in Ungarn entging, wo er den Posten des Botschafters antrat,
- der Chefredakteur der Tageszeitung »El Espectador«, die seinerzeit dem Nuevo Liberalismo sehr nahestand, Guillermo Cano, der im Dezember 1986 in Bogotá ermordet wurde,
- der Generalstaatsanwalt Carlos Mauro Hoyos, der im Januar 1988 entführt und ermordet wurde, und schließlich
- Luis Carlos Galán, dessen Strömung wieder in die Gesamtpartei zurückgekehrt war, für die er 1990 zum Präsidentenamt kandidierte.

Auch die Reaktionen des Staates glichen sich: Der Auslieferungsvertrag trat in Kraft; der Ausnahmezustand wurde verschärft und mit neuen exekutiven und juristischen Vollmachten für Militär und Polizei versehen, deren Anwendung sich

dann in erster Linie gegen die traditionellen politischen Gegner der Linken und der Volksbewegung richteten. Nach einiger Zeit wurde der Auslieferungsvertrag wieder aufgehoben. Weniger wichtig nahm die kolumbianische Regierung die Morde an »unbedeutenderen« Richtern, die meist umsonst mehr Schutz und endlich eine politische Handlungsweise der Regierung forderten.

Neben dieser auf den Schutz des Geschäfts und vor strafrechtlicher Verfolgung gerichteten Gewalt fällt in dieselbe Periode die Entstehung eines neuen Phänomens, das den Namen »Narcoparamilitarismo« erhalten hat (vgl. insgesamt Medina 1990). Die ökonomische Grundlage dieses Phänomens ist nicht in erster Linie das Drogengeschäft, sondern die neue Rolle der Drogenunternehmer als Großgrundbesitzer, die sich seit etwa 1983 anbahnt. Es sind vor allem Repräsentanten des Medellín-Kartells, die diesen Weg einschlagen. Der immense Landkauf kann nur zu einem Teil aus dem Motiv der Geldwäsche erklärt werden. Sicher suchten die Capos ab Beginn des ersten »Drogenkriegs« 1984 eine größere Sicherheit ihres Kapitals, die sie in legalen Eigentumstiteln für Grundbesitz fanden. Nach dem Scheitern der politischen Integration in die traditionellen Eliten ab 1984 versprach der Landkauf aber auch die Möglichkeit einer territorialen Integration.

Diese territoriale Integration war zugleich eine Integration in ein (para) militärisches Projekt, dessen Anfänge bereits in die Zeit vor 1982 zurückreichen, als die Regierung Turbay die Vorstellung vertrat, sie könne bei einer entsprechenden militärischen Mobilisierung den Krieg gegen die Guerrilla in kurzer Zeit gewinnen. In Regionen wie dem Magdalena Medio, wo die Organisationen der Linken politisch dominierten und die Guerrilla der FARC quasipolizeiliche Funktionen wahrnahm, wurden neue Bataillone installiert. Gleichzeitig gründeten die Militärs unter Rückgriff auf ein Dekret aus dem Jahre 1968 und mit Unterstützung örtlicher Großgrundbesitzer aber auch der ausländischen Ölgesellschaften sog. Selbstverteidigungsgruppen.

Diese Gruppen und mit ihnen der »Schmutzige Krieg« erhielten durch den Eintritt der Mafia in diese Koalition einen erheblichen Aufschwung. Ausländische Ausbilder - insbesondere aus Israel und aus Großbritannien - wurden angeheuert. Die Stärke und der Aktionsradius dieser paramilitärischen Gruppen erweiterte sich. Zeitweise war von 140 solcher Organisationen die Rede.

Zu den Praktiken dieser Gruppen gehören zum einen das Verschwindenlassen von Personen sowie selektive politische Morde an Führern und Mitgliedern linker Parteien, Gewerkschaften und Organisationen; die Unión Patriótica, ein Bündnis linker Strömungen, das sich im Rahmen des Friedensprozesses unter Betancur gegründet hatte, wurde zur Zielscheibe der Aktionen gedungener Mörder und verlor bis 1989 ungefähr 1000 Mitglieder, darunter zwei Präsidentschaftskandidaten und Vorsitzende, Jaime Pardo und Bernardo Jaramillo, einen Stellvertreter, Pepe Antequera, und mehrere Parlamentsabgeordnete. Zum anderen tauchte eine Form der Repression auf, die Kolumbien seit der *Violencia* nicht gekannt hatte: das Massaker.

So sehr die Finanzierung durch die neuen Großgrundbesitzer entscheidend für die Ausdehnung und Stärke der paramilitärischen Gruppen ab etwa 1984 war, so sehr ist gleichzeitig kaum eine dieser Praktiken denkbar ohne die direkte Teilnahme oder zumindest die Duldung von Teilen der offiziellen »Sicherheits«-kräfte. Sie sorgten für die Logistik; sie benannten Opfer; sie stellten falsche Papiere für Killer aus; sie ermöglichten, daß Gruppen von 150 Bewaffneten, ohne behelligt zu werden, die Kontrollstellen in hoch militarisierten Zonen passieren konnten, um Massaker an der Zivilbevölkerung anzurichten. Die Militärjustiz auf der anderen Seite verhinderte die strafrechtliche Verfolgung und Aburteilung der Schuldigen, während die zivile Regierung sich auch international als handlungsunfähig, als belagert durch die Gewalt von linken Guerrilleros und Drogenhändlern, darstellte.

(4) 1989-?: Drogenkrieg oder Befriedung?

Daß die Tätigkeit von paramilitärischen Gruppen nicht nur auf den Einfluß der Drogenunternehmer zurückzuführen ist, zeigte sich spätestens in der Folge der Ermordung von Luis Carlos Galán am 18. August 1989. Vorausgegangen war dem Mord eine einjährige Phase geheimer Verhandlungen zwischen Regierungsvertretern - u.a. dem persönlichen Sekretär des Präsidenten - und Drogenunternehmern.

Noch in der Nacht nach dem Mord erklärte Präsident Barco den Krieg gegen die Drogenmafia und kündigte eine Serie von Ausnahmedekreten an, die außer der Einführung der Auslieferung auf administrativem Wege und der Möglichkeit der Beschlagnahme des Besitzes von Personen, gegen die der Verdacht des Drogenhandels besteht, folgendes enthielten: eine Erhöhung des Strafrahmens für politische Delikte, also solche, die nichts mit dem Drogenhandel zu tun hatten; die Erweiterung der Vollmachten für Militär und Polizei insbesondere um die Möglichkeit einer Festnahme und Kontaktsperre ohne richterliche Anordnung für insgesamt 7 Tage. Auch diesmal folgte eine Welle von Wohnungsdurchsuchungen und die Festnahme von fast 10.000 Personen. Davon betroffen waren größtenteils solche Personen, die allenfalls entfernt, etwa als Wächter von Villen oder als kleine Dealer mit der Mafia zu tun hatten, sowie Lokale und Mitglieder linker Gruppierungen. Mehrere Städte, darunter Medellín wurden unter militärische Verwaltung gestellt.

Die Antwort der »Extraditables«, der Auszuliefernden, war eine Bombenkampagne in den Großstädten - neben Medellín vor allem Bogotá -, die Zerstörung des Gebäudes der Sicherheitspolizei (DAS) durch einen vor dem Gebäude geparkten und mit Dynamit beladenen LKW, die Sprengung eines Flugzeuges der staatlichen Gesellschaft Avianca während eines Inlandfluges, bei der 111 Personen ums Leben kamen, die systematische Ermordung von Polizisten in Medellín u.a.m.

Diese Eskalation dauerte bis zum Ende der Amtszeit von Barco an. Im Unterschied zu früheren Phasen des Konflikts wurden tatsächlich eine ganze Reihe von

Drogenhändlern in die USA ausgeliefert. Gonzalo Rodriguez Gacha, einer der führenden Männer des Medellín-Kartells, wurde im Laufe eines polizeilichen Großeinsatzes erschossen. Der »Drogenkrieg« traf aber vor allem die Bevölkerung der Großstädte, die bis dahin als relativ sichere Orte galten. Je länger der Konflikt andauerte, desto mehr wuchs gerade hier der Unmut über die Sinnlosigkeit der Auseinandersetzung. Hinzu kam, daß die Auslieferung auch wegen der Art, wie sie durchgeführt wurde, als eine Einmischung der USA in Probleme Kolumbiens angesehen wurde.

Der 1990 neugewählte Präsident Gaviria änderte diese Strategie. Er beugte sich nicht nur dem Druck der Öffentlichkeit für die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung, die im November 1990 gewählt wurde und bei der die zur legalen Partei konstituierte Ex-Guerrilla M-19 mehr als 20% der Stimmen auf sich vereinigen konnte. Er setzte auch eine neue Runde der Verhandlungen mit den Drogenhändlern in Gang. Im Unterschied zu früheren Verhandlungen wurden diese öffentlich geführt. Den Drogenhändlern wurde per Dekret das Angebot gemacht, auf eine Auslieferung zu verzichten und Strafen zu reduzieren, falls sie sich freiwillig der Justiz stellten. Nachdem die verfassungsgebende Versammlung in ihrem Entwurf die Auslieferung von kolumbianischen Staatsangehörigen verbot, stellte sich selbst Pablo Ecobar. Alle führenden Mitglieder des Medellín-Kartells sitzen derzeit in speziell gesicherten und bewachten Gefängnissen. Die Bombenkampagne der Mafia, bei der zwischen Ende Mai 1989 und Ende Juni 1990 227 Personen ums Leben kamen, ist damit vorerst beendet.

Der »Schmutzige Krieg«, dem im selben Zeitraum 13mal mehr Menschen zum Opfer fielen, dagegen nicht.

»Seit 1986 sterben in Kolumbien im Tagesdurchschnitt 10 Personen aus politischen Gründen: 3 bei bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Streitkräften und Guerrilla, wobei nicht alle direkte Opfer der Auseinandersetzung sind. Es sind viele Fälle bekannt, wo nachträgliche Erschießungen durch das Militär als bewaffnete Auseinandersetzungen deklariert wurden. Alle zwei Tage verschwindet eine Person, eine weitere stirbt täglich bei Aktionen der 'sozialen Säuberung' und 6 aufgrund von politischen Attentaten. Diese Tendenz ist auch unter der Regierung Gaviria gleich geblieben Eine substantielle Verbesserung hat es nicht gegeben« (Uprimny 1991, S.100)

Im Laufe der Aktionen gegen die Mafia wurden zwar die dieser zugerechneten paramilitärischen Gruppen zerschlagen, die anderen aber nicht. Auch eine Säuberung des Militärs und der Polizei hat nicht stattgefunden. Selbst die verfassungsgebende Versammlung wagte es nicht, dieses Thema zu berühren (vgl. Uprimny 1991).

Weder die wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes, so kann hier resümiert werden, noch sein Menschenrechtsnotstand, sind ausschließlich der Präsenz der Drogenmafia geschuldet. Ein Krieg gegen sie löst daher das Problem auch nicht, sondern verschlimmert es.

3. Angriff auf die Nachfrageseite - die US-amerikanische Konzeption des Drogenkriegs

Daß ein Krieg gegen die Drogen sehr wohl richtig und darüber hinaus erfolgreich sein könne, ist allerdings die Ansicht der US-Regierung. Sie läßt diesen Krieg zum einen auf den Straßen ihres eigenen Landes, zum anderen aber in den Drogen-Produktionsländern führen, die ihn aufgrund ihrer wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lage am wenigsten brauchen können.

Militarisierung der US-Drogenbekämpfung

Gemäß dem Plan Bennett, benannt nach dem damaligen Drogen-Zaren der Bush-Regierung, flossen schon 1989 (einschl. der Unterstützung für die lokalen Aktivitäten der DEA) 87,8 Mio US\$ Militär- und Polizeihilfe nach Kolumbien, 1990 waren es 115,6 Mio US\$ (Youngers 1990, S. 27).⁵ Bereits kurze Zeit nach der Erklärung des »Drogenkriegs« durch Barco trafen US-Militärberater sowie Kriegsmaterial - u.a. Kampfhubschrauber und Flugzeuge - in Kolumbien ein. Auch Bolivien und Peru wurden in diese Hilfe miteinbezogen.

Während vor der Ermordung Galáns der Schwerpunkt der US-Hilfen in Sachen Drogenbekämpfung auf der Beratung und dem Training der jeweiligen Polizeien durch die DEA lag, so richtet sich nun der Großteil der Hilfen vermittelt durch Militärs der USA an Militärs der drei Länder. Dies ist um so problematischer als gerade in Kolumbien das Militär sich in vielerlei Hinsicht auf eine Allianz mit der Mafia zur Bekämpfung des gemeinsamen politischen Gegners eingelassen hatte. Daß die US-Hilfen nicht gegen die Drogenmafia sondern im Rahmen von Aufstandsbekämpfungsprogrammen genutzt werden, kann von den USA nicht garantiert werden. Im Gegenteil: gegenüber einer Delegation von US-Parlamentariern haben führende kolumbianische Offiziere bereits im März 1990 angegeben, daß ein großer Teil dieser Hilfen im Rahmen der Operation Tri-Color 1990 eingesetzt werden, mit der die Guerrilla im Nordosten Kolumbiens - eindeutig kein Koka-Anbaugebiet - bekämpft werden sollte. Im Rahmen dieser Operationen kam es zu Bombardements auf Dörfer im Department Norte del Santander. Mehr als 1400 Bauern mußten aus den Dörfern in die umliegenden Städte fliehen (House of Representatives 1990, S. 93).⁶

Selbst wenn man einen Krieg gegen die Drogenhändler für sinnvoll hielt, wäre das Militär der falsche Adressat. Denn der Hauptanteil der Anti-Drogen-Aktivitäten oblag auch 1989 und 1990 weiterhin der Polizei. »Das Überwiegen kon-

5 Die Wirtschaftshilfe im Rahmen der »Andean Strategy« betrug dagegen 1989 0 US\$ und 1990 3,6 Mio, vgl. Youngers, 1990, S. 27.

6 Die Bombardements und der Artillerie-Beschuß aus der Luft betraf insbesondere die Region von San Vicente de Chucurí. Dem Bericht der US-Parlamentarier zufolge soll es auch in anderen Regionen des Landes zu ähnlichen Aktionen gekommen sein. Nachdem das Militär am Tage der Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung, am 9. November 1990, das Hauptquartier der FARC angriff, hat sich die Auseinandersetzung zwischen Guerrilla und Heer erheblich verschärft.

ventioneller militärischer Ausrüstung für die kolumbianischen Streitkräfte, wie z.B. A-37-Flugzeuge, war nicht geeignet zur Führung eines unkonventionellen Krieges gegen die Narcoterroristen« (Bagley nach House of Repr. 1990, S. 93). Aber nicht nur die Adressaten der »Hilfen« sind Militärs. Auch auf der Seite der Absender zeichnete sich seit 1986, als Präsident Reagan den Krieg gegen die Drogen zur Angelegenheit der Nationalen Sicherheit erklärte, und verstärkt seit 1989, eine Militarisierung der Drogenbekämpfung ab. Das Verteidigungsministerium wurde 1989 zur führenden Instanz zur Verhinderung von Einfuhren illegaler Drogen auf dem Luft- und Seeweg erklärt und löste in dieser Position u.a. die Küstenwache ab. Auch die Übertragung aller Informationen (»drug intelligence and operations information«) in ein einziges System obliegt seit diesem Zeitpunkt dem Verteidigungsministerium, das noch 1985 unter Weinberger solche Verantwortlichkeiten für eigentlich zivile Fragen ablehnte, weil sie die Verteidigungsbereitschaft der US-Streitkräfte schwächen würden (Youngers 1990, S. 6). Daß auch andere »Sicherheits«-Institutionen wie die CIA ihren Teil vom großen Kuchen der Drogenbekämpfung beanspruchten, kann nicht verwundern. Der Geheimdienst, der Jahre zuvor mit dem Medellín-Kartell kooperierte, um Waffen an die nikaraguanische Contra zu liefern, hat mittlerweile seine eigene Anti-Drogenabteilung.

Erfolge?

Das Kalkül hinter dieser Vorverlagerung der Drogenbekämpfung in die Produktionsländer besteht in der Hoffnung, dadurch das Angebot von Drogen auf dem heimischen Markt zu senken und gleichzeitig dafür zu sorgen, daß das trotzdem auf den inländischen Markt kommende Kokain einen hohen Preis hat. Je höher der Preis, desto weniger Personen würden die Droge kaufen, desto weniger Menschen würden sich zu einem erstmaligen Probieren verleiten lassen (Moore 1990).

Die Jahresbilanz von 1989 schien diese Strategie zu bestätigen. Mit 81,7 Tonnen war die sichergestellte Menge Kokain im Jahre 1989 dreimal so hoch wie 1986 und 43% höher als noch 1989 (La Prensa 14.2.1990). Am 5. September 1990, ein Jahr, nachdem Präsident Bush in den Drogenkrieg eingestiegen war, verkündete Bennett bedeutende Fortschritte. Aufgrund der harten Schläge, die den kolumbianischen Drogenhändlern zugefügt wurden, sei ein Überangebot von Koka-Blättern in Peru und Bolivien entstanden, der Preis für das Rohprodukt sei deshalb gefallen. In einigen US-Großstädten dagegen sei ein Anstieg der Preise für das Endprodukt Kokain zu erkennen (Youngers 1990, S.4).

Die Freude über den Erfolg dürfte nicht von langer Dauer gewesen sein, denn zu einem signifikanten Preisanstieg in den USA auf längere Dauer ist es nicht gekommen. Der Strategie unterliegt ein erheblicher Denkfehler. Was durch die US-»Erfolge« in den Produktionsländern erreicht werden kann, ist zunächst nur eine Verschiebung des Marktes: Programme zur Vernichtung von Ernten und

zum Abbrennen oder Besprühen von Feldern mit Herbiziden treiben die Bauern in entlegene Regionen; in Peru etwa hat sich die Produktion vom oberen zu den zentraleren und unteren Teilen des Huallaga-Tals verlagert. Aktionen, die gegen die Kokainlabors in Kolumbien und die Transportwege kolumbianischen Kokains in die USA gerichtet sind, dürften in erster Linie dazu führen, daß neue Transportwege aufgetan werden und andererseits, daß die Kokainproduktion in andere Länder verlagert wird; tatsächlich ist die Kokainherstellung in Brasilien, Bolivien und Ecuador gestiegen.

Doch selbst wenn es möglich wäre, die Einfuhren von Kokain in die USA um 50% zu reduzieren, hätte dies nur eine Steigerung der Konsumentenpreise um 3% zur Folge (House of Repr. 1990, S.7). Der Grund hierfür liegt in der Preiskette bei der Produktion und Vermarktung von Kokain.⁷ Der größte Preissprung wird schließlich im Konsumland selbst hinzugefügt. Bis zur Einfuhr ist das Produkt verhältnismäßig billig.

»Die Kosten der Produktion und des Vertriebs sind minimal, insbesondere auf der Ebene des Anbaus und der Raffinierung; sie stellen nur einen Bruchteil des Einzelhandelspreises dar. Die Produktion von Kokablättern beispielsweise macht weniger als 1% des endgültigen Einzelhandelspreises aus. Selbst unmittelbar vor dem Export liegt der Preis bei 3-5% des Preises, den der Konsument in den USA zu zahlen hat. Und auch die Kosten für den Schmuggel (einschließlich der Profite der Schmuggler) fügen nur weitere 5% hinzu« (Peter Reuter zit.n. House of Repr. 1990, S.34).

Der Versuch, durch die Eindämmung des Angebots auf die Verbraucherpreise und damit die Verbraucher selbst einwirken zu wollen, ist also von vornherein zum Scheitern verurteilt. Seine Kosten - nicht nur die finanziellen, sondern vor allem die politischen - sind dagegen enorm.

Europäische Perspektiven?

Die Länder der EG setzen zwar auch auf die Karte der Nachfragereduzierung, mischen sich aber nicht wie die USA militärisch in den Andenländern ein. Auf einer Sitzung der »Trilaterale gegen Drogen«, das sind Italien, Spanien und die USA - am 24. und 25. Oktober 1989 in Madrid, gemeinsam mit den zuständigen Ministern der drei Andenländer Kolumbien, Bolivien und Peru, an der auch ein Vertreter Frankreichs teilnahm, das damals die EG-Präsidentschaft innehatte, wurden die Unterschiede deutlich. Insbesondere Frankreich widersetzte sich einer ausschließlich repressiven Lösung, wie sie von den USA vorgetragen worden war.

Zwar liegt auch der Schwerpunkt der Drogenbekämpfung in den EG-Ländern auf der Repression und auf der Verminderung des Angebots, allerdings wird dies nicht mit militärischen Mitteln versucht. Das liegt sicherlich zu einem gewichtigen Teil an den ungleich geringeren militärischen Kapazitäten und dem geringeren militärpolitischen Einfluß der europäischen Länder im amerikanischen »Hinterhof«. Die »Hilfe« der europäischen Länder auf repressivem Gebiet liegt

7 vgl. Tabelle 1 und Erläuterungen im Text.

vor allem auf der polizeilichen Seite. Wie schon die US-Bundespolizeien DEA und FBI vor einigen Jahrzehnten so haben auch die Polizeien der EG-Staaten seit Anfang der 80er Jahre begonnen, Verbindungsbeamte ins Ausland zu schicken, insbesondere in die Drogenproduktions- und Transitländer. Auch technische und Ausbildungshilfe für die Polizeien dieser Länder wird geleistet. Ziel ist, Kooperationspartner für polizeiliche Ermittlungen im Ausland zu finden und frühzeitig Informationen zu sammeln. Ähnlich wie in den USA werden auch hierzulande Ermittlungen im Drogenbereich mehr und mehr verdeckt geführt, was u.a. zur Folge hat, daß das gerichtliche Verfahren, in dem die V-Leute und verdeckten Ermittler in der Regel nicht aussagen, immer mehr zur Farce wird. Im Schengener Abkommen von 1990, das von den beteiligten EG-Ländern⁸ noch zu ratifizieren ist, soll auch die sogenannte kontrollierte Lieferung, d.h. der Scheinkauf von Drogen in einem anderen Land und das verdeckte Begleiten bis zum Zielort und damit bis zur Beschlagnahme, zum ersten Mal in einem internationalen Vertrag verankert werden.

Bei der Schaffung des europäischen Binnenmarkts zielen auch die EG-Länder auf eine Abdichtung ihrer gemeinsamen Außengrenzen - und zwar nicht nur gegen illegale Einwanderer, sondern auch gegen Drogen. Es ist dabei nicht zufällig, daß die beiden Aspekte vermischt werden. Insbesondere die Niederlande und Belgien drängen darauf, bei der Vereinheitlichung der Visa-Bestimmungen für Kolumbianer, Bolivianer und Peruaner einen Visumszwang einzuführen. In den beiden genannten EG-Ländern ist dies bereits seit einem Jahr der Fall. Die Maßnahme war eine Reaktion auf die Beschlagnahme von 2,3 Tonnen Kokain im Hafen von Rotterdam 1989.

Neben dieser repressiven Komponente wollen die EG und ihre Mitgliedsländer das Problem auch von der wirtschaftlichen Seite angehen. Auch an dieser Front aber dürfte der Krieg gegen Drogen in weiten Teilen verloren sein. So wurden zwar in der EG die Importzölle für Kaffee, Bananen und Blumen aus Kolumbien weitgehend aufgehoben, was dem Land möglicherweise Absatzmärkte und Deviseneinkünfte sichert. Diese Vorteile kommen aber nicht den Koka-Bauern zugute, sondern begünstigen in erster Linie Großproduzenten, die überdies z.T. mit Personen aus dem Drogengeschäft verwickelt sind.

Die Substitution von Kokaanbau durch legale landwirtschaftliche Produktion, die die EG favorisiert, haben unter den wirtschaftlichen und politischen Bedingungen Kolumbiens kaum eine Chance auf Erfolg. Denn während die Bauern in den entlegenen Urwaldgebieten insbesondere bei der anhaltenden militärischen Auseinandersetzung mit der Koka den Zugang zum Weltmarkt haben, finden sie mit ihren legalen Produkten - Mais, Yucca, Kakao u.a. - oft nicht einmal einen Zugang zum regionalen Markt. Die Voraussetzung für den Verzicht Koka anzubauen wären eine bessere Infrastruktur und eine höhere Produktivität, beides Be-

8 Das Schengener Zusatzabkommen wurde am 19.6.1990 von den Benelux-Ländern, Frankreich und der BRD unterschrieben. Mittlerweile sind Italien, Spanien und Portugal beigetreten. Das Abkommen gilt als Pilotprojekt für die polizeiliche Zusammenarbeit in der EG ab 1993.

dingungen, die nur durch eine konsequente Landreform zu erreichen wären. Die aber ist weder in Kolumbien, noch in den beiden anderen betroffenen Ländern in Sicht.

Die Produktion und Vermarktung von Kokain ist tief eingelassen in die Gesellschaftsstrukturen der betreffenden Länder. Sie ist zudem ein wesentlicher Bestandteil der Beziehungen zwischen den armen Entwicklungsländern und den reichen industriekapitalistischen Staaten geworden. Eine Lösung des Problems muß deshalb diese Beziehungen berücksichtigen.

Polizeiliche und militärische Lösungsversuche des »Drogenproblems« sind kaum als Lösungen zu bezeichnen. Sie treffen die ohnehin Geschlagenen noch härter. Während unter dem Eindruck von AIDS in den europäischen Ländern die Frage des Konsums von Drogen in bestimmten Bereichen der Öffentlichkeit und selbst der Exekutive heute sachlicher betrachtet wird als noch vor 10 Jahren, ist die Frage des Handels noch weit davon entfernt, offen und ohne die polizeiliche und militärische Keule im Hintergrund thematisiert zu werden. Die in internationalen Verträgen verankerte Prohibition läßt die Hindernisse derzeit unüberwindlich erscheinen.

Literatur

- Bagley, Bruce 1988: Colombia and the War on Drugs, in: *Foreign Affairs* Vol. 67, No. 1, S. 70-92
- Bundeskriminalamt 1989: Stellungnahme zum Fragenkatalog für eine öffentliche Anhörung des Innenausschusses des Deutschen Bundestags am Montag den 13.3.1989, in: *Deutscher Bundestag, 11. Wahlperiode, Innenausschuß-Drucksache 11/ 59, 24.2.1989*
- Camacho Guizado 1989: Violencia y »narcocultura«, in: Diego Garcia Sayan (Hg.): *Coca, Cocaína y narcotráfico. El laberinto de los andes*, Lima 1989, S. 191-206
- Campodónico, Humberto 1989: La política del avestruz, in: Diego Garcia Sayan (Hg.): *Coca, Cocaína y narcotráfico. El laberinto de los andes*, Lima 1989, S. 223-258
- Crawley, Eduardo 1990: Tráfico de drogas en América Latina, *Latin American Newsletters - Informe Confidencial 1*, London
- Gallón Giraldo, Gustavo (Hg.) 1991: *Derechos humanos y conflicto armado en Colombia*, Bogotá (Comisión Andina de Juristas - Sección Colombia)
- Gómez, Hernando José 1990: El tamaño del narcotráfico y su impacto económico, in: *Economía Colombiana*, Nos. 226-227, Febr./ März, 1990, S. 8-17
- Hess, Henner 1989: Der illegale Drogenhandel, in: Scheerer/ Vogt (Hg.): *Drogen und Drogenpolitik - ein Handbuch*, Frankfurt 1989, S. 449 ff.
- House of Representatives 1990: Committee on Government Operations, US Anti-Narcotics Activities in the Andean Region, *101 Congress, 2d session, Report 101-991*, Washington 30.11.1990
- Kalmanovitz, Salomón 1990: La economía del narcotráfico en Colombia, in: *Economía Colombiana*, Nos. 226-227, Febr./ März, 1990, S. 18-28
- Lee, Rensaleer 1990: Tráfico de drogas y países en desarrollo, in: Tokatlian/ Bagley (Hg.): *Economía y política del narcotráfico*, Bogotá 1990, S. 15-30
- Lewis, Roger 1988: European Markets in Cocaine, in: *Contemporary Crisis* vol. 13, No.1, S.35-52
- Medina Gallego, Carlos 1990: *Autodefensas, paramilitares y narcotráfico en Colombia*, Bogotá
- Moore, Mark M. 1990: Supply Reduction and Law Enforcement, in: Tonry/ Wilson (Hg.): *Drugs*

- and Crime, Chicago 1990, S. 109-158
- Nadelmann, Ethan A. 1990: Latinoamérica: economía política del comercio de la cocaína, in: Tokatlian/ Bagley (Hg.): *Economía y política del narcotráfico*, Bogotá 1990, S. 31-56
- Uprimny Yepes, Rodrigo 1990: Narco-economía. La retabilidad del riesgo, in: *Colombia Hoy In-forma*, Heft 12, Bogotá 1990
- Uprimny Yepes, Rodrigo 1991: Kolumbien. In neuer Verfassung?, in: *Lateinamerika-Nachrichten* Heft 207/ 208, Berlin 1991, S. 95-100
- Uprimny Yepes, Rodrigo 1991a: *Entre la guerra a la droga y la guerra sucia: Narcotráfico, regim-en político y derechos humanos en Colombia*, Vortragsmanuskript für eine Veranstaltung in Berlin am 16.7 1991
- Youngers, Coletta 1990: The War in the Andes: The Military Role in US International Drug Policy, *Washington Office on Latin America, Briefing Series* No. 2, 14.12. 1990, Washington

PROKLA 87: Nationalismus am Ausgang des 20. Jahrhunderts

Im Universalismus soziologischer Kategorien und im Internationalismus linker Theorien war eines nicht vorgesehen: die »Wiedergeburt« nationaler Ideologien. War dies vorschneller Optimismus? Liegt im Nationalismus eine verleugnete Chance zur Befreiung und Selbstbestimmung? Oder erzeugt die Suche nach »nationaler Identität« lediglich neue Minderheiten und territoriale Konflikte?

Wie immer diese Fragen beantwortet werden, die politische Realität der 90er Jahre verlangt eine Auseinandersetzung mit sehr unterschiedlichen Erscheinungen des nationalen Mythos: mit neuen Mischungsverhältnissen zwischen Religion und Politik im Zuge der Reevangelisierung Osteuropas; mit einer oberhalb bestehender Staaten eingeforderten »arabischen Nation«; mit Nationalitäten, die ihre Legitimation aus tausendjährigen Ansprüchen auf einen eigenen Staat herleiten.

Auch in den westlichen Ländern scheint sich die »nationale Frage« neu zu stellen - mit der bevorstehenden Aufhebung der westeuropäischen Nationalstaaten in einen Wirtschaftsraum, der ganz in der Art des klassischen Modells über territoriale Grenzen und ethnische Ausgrenzungen definiert zu werden droht: erzeugt die »Europäisierung« Europas einen Nationalismus neuen Typs?